

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Ersteilt jeden Donnerstag Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Inserionspreis pro dreigepaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1917.

Die deutsche Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1917 liegt noch nicht vollständig vor. Die im Bureau der General-Kommission erfolgende Bearbeitung der statistischen Angaben der Zentralverbände ist jedoch soweit vorgeschritten, daß wir hier im Auszuge einige der wichtigsten Ziffern mitteilen können.

Das Berichtsjahr zeichnet sich demnach durch den Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung unserer Gewerkschaften aus. Die rückläufige Periode, die mit dem Kriegsausbruch einsetzte, erreichte im Jahre 1916 ihren Tiefpunkt. Am 31. Dezember 1916 waren in den 47 Zentralverbänden nur noch 934 834 Mitglieder vorhanden gegen rund 2 1/2 Millionen beim Kriegsausbruch. Im ersten Quartal 1917 aber war die Krisis überwunden; die Mitgliederzahl stieg auf 995 926, und diese Entwicklung hielt auch in den weiteren drei Quartalen an: im zweiten waren es 1 076 711 Mitglieder, im dritten 1 169 697 und im vierten Quartal 1 264 714 Mitglieder. Die Zunahme beträgt demnach rund 330 000 gegenüber dem vierten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt stieg die Mitgliederzahl von 955 887 auf 1 095 596. In diesen Ziffern sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht mitgezählt, die am Jahresabschluss 4221 beziehungsweise 8774 Mitglieder hatten gegen 3630 beziehungsweise 6249 Mitglieder am 31. Dezember 1916. Auch diese beiden unter den schwierigsten Verhältnissen arbeitenden Verbände nehmen an der allgemeinen Aufwärtsbewegung lebhaften Anteil.

Besonders erfreulich gestaltete sich die Bewegung der weiblichen Mitglieder. Das Jahr 1916 schloß in den 47 Zentralverbänden mit einem Bestand von 197 008 weiblichen Mitgliedern. Die Zahl stieg im ersten Quartal 1917 auf 222 045, im zweiten auf 257 573, im dritten auf 299 468 und im vierten Quartal auf 330 146 Mitglieder. Ferner waren 4201 weibliche Mitglieder im Verbande der Hausangestellten und 2642 im Landarbeiterverband organisiert gegen 3618 respektive 1327 im letzten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt war die Zahl der weiblichen Mitglieder von 180 893 auf 262 787 gestiegen; sie hat damit ihren bisherigen höchsten Stand überschritten; denn die frühere Höchstziffer war 223 676 im Jahresdurchschnitt 1913. Es läßt sich zwar nicht feststellen, ob die Zunahme der gesteigerten Zahl industriell beschäftigter Frauen entspricht; aber die Gewerkschaften dürfen dennoch diese Entwicklung mit Befriedigung registrieren; sie beweist, daß die Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen nicht mehr ergebnislos verläuft, sondern daß sie sehr wohl große Erfolge zu bringen vermag.

Die Finanzgebarung der Zentralverbände hat sich in gleicher Richtung wie die Mitgliederzahl bewegt. Die Einnahmen stiegen von M. 34 027 248 auf M. 39 189 398, während die Ausgaben von M. 30 074 048 auf M. 28 511 831 zurückgingen. Der Vermögensbestand stieg infolgedessen von M. 65 845 166 auf M. 70 717 419. Weiter ist der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes nicht mit angegeben worden, so daß der obige Betrag dem tatsächlichen Vermögensbestande, der sich bei Einrechnung des Vermögens der Metallarbeiter ergeben würde, nicht entspricht. Im Jahresabschluss 1913 hatten die Zentralverbände ohne den Metallarbeiterverband ein Vermögen von M. 69 518 554, woraus sich ergibt, daß der Vermögensbestand unserer Zentralverbände den bis dahin erzielten Höchststand vom Jahre 1913 bereits überflügelt hat.

Die Einnahmen (M. 39 189 398) verteilen sich auf folgende Posten: Eintrittsgelder M. 264 036, Beiträge M. 28 367 262, Lokalbeiträge M. 5 658 736, Ertragsbeiträge und freiwillige Sammlungen für die Kriegsfamilien M. 277 976,

Zinsen M. 3 071 961 und sonstige Einnahmen M. 1 349 404. Die wichtigsten Ausgaben wiederum verteilen sich folgendermaßen: Reiseunterstützung M. 22 422 (im Vorjahre M. 46 556), Umzugsunterstützung M. 111 310 (M. 107 563), Arbeitslosenunterstützung M. 719 607 (1 449 133), Krankenunterstützung M. 4 841 575 (M. 3 664 592), Invalidenunterstützung M. 526 252 (M. 539 893), Sterbegeld M. 1 495 928 (M. 1 266 799), Notunterstützung M. 267 237 (M. 303 066), Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer M. 2 656 712 (M. 5 992 064), Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung M. 137 546 (M. 70 577), Streikunterstützung M. 152 149 (M. 104 952), *Tarifinstanzen M. 35 199 (M. 15 900), Rechtsjahre M. 106 420 (M. 87 671), Gewerkschaftenunterstützung M. 17 729 (M. 13 627), Verbandsorgane M. 1 600 618 (M. 1 246 201), sonstige Zeitungen M. 108 875 (M. 78 320), Bibliotheken M. 112 704 (M. 122 097), Unterrichtskurse usw. M. 21 435 (M. 25 315), Statistiken M. 47 437 (M. 65 790), Agitation M. 1 940 769 (M. 1 503 204), Druckschriften usw. M. 266 098 (M. 211 440), Stellenvermittlung M. 67 344 (M. 81 890), Konferenzen und Generalversammlungen M. 326 346 (M. 204 715), Sonstige Ausgaben M. 2 070 727 (M. 2 367 435), Beiträge an die General-Kommission M. 254 846 (M. 353 927), Beiträge zu internationalen Verbindungen M. 18 878 (M. 25 590), Beiträge an Kartelle und Sekretariate M. 742 752 (M. 714 466) usw. Pro Kopf betragen die Ausgaben M. 26,02 gegen M. 31,46 im Jahre 1916, die Ausgabe für Unterstützungen betrug pro Kopf M. 10,12 gegen M. 14,30 im Vorjahre. An dem letzteren Rückgang war insbesondere die Arbeitslosenunterstützung beteiligt, die pro Kopf nur 66 s gegen M. 1,52 im Vorjahre erforderte.

Die Auflage der Gewerkschafts-Preße stieg von 1 235 084 auf 1 483 629 Exemplare. An der Erscheinungsweise der Blätter wurde nicht viel geändert; das Organ der Chorfänger erscheint vierzehntägig anstatt einmal monatlich, und die „Gastwirtsgehilfszeitung“ erscheint anstatt wöchentlich vierzehntägig.

Diese kurzen Mitteilungen aus der demnächst erscheinenden Gewerkschaftsstatistik zeugen von dem lebhaften Aufschwung, den die deutschen Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen haben. Daß dieser Aufschwung schon im Kriege einsetzte, hätte kaum jemand zu hoffen gewagt. Um so größer darf die Genugtuung über die Festigkeit unseres Organisationsgebäudes sein, die unsere Gewerkschaften die schwere Erschütterung des Krieges so verhältnismäßig schnell überwinden ließ.

Unsere Kriegsfondsmarke im ersten Halbjahr.

Vom Kollegen Gertrich, Hamburg, ging uns aus dem Felde das erste Ansuchen zu, den im Kriegsdienst stehenden Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, daß auch sie ihre Verbandsbeiträge entrichten können. Diesem Wunsch konnten wir, weil ihm das Statut entgegensteht, nicht Rechnung tragen. Gleichzeitig nahmen aber einige Kollegen, die im Wehrdienst stehen, das Wort in der Fachzeitschrift und plädierten für die Einführung von freiwilligen Beiträgen, an denen auch die zum Militärdienst berufenen Mitglieder teilnehmen dürfen. Dieser Anregung wurde im Verbandsvorstand freigegeben, und die Bezirksleiterkonferenz im Februar trat dem Vorstandsbeschlusse bei.

Es wurde beschlossen: Kriegsfondsmarken zu M. 1 an die Zahlstellen zu versenden. Der Beitrag ist ein freiwilliger, und bleibt es den Zahlstellen überlassen, zu beschließen, in welcher Weise die in Arbeit stehenden Mitglieder zu dieser freiwilligen Beitragsleistung herangezogen werden sollen. Den Kollegen im Felde, welche freiwillige Beiträge einbringen, sind dafür Kriegsfondsmarken zu verabschieden. Weitergehende Anträge der Bezirksleiterkonferenz, die auf die obligatorische Einführung der Kriegsfondsmarken für alle Mitglieder hingingen, wurden abgelehnt. Es wurde den Zahlstellen überlassen, zu beschließen, in welcher Weise die Einrichtung solcher Beiträge zu erfolgen hat.

In einigen Zahlstellen wurde dementsprechend beschlossen, daß monatlich oder jeden zweiten Monat von den Mitgliedern eine Kriegsfondsmarke gefordert werden muß. Auch in einigen Genossenschaftsbetrieben besteht diese Einrichtung. Wegen Anteil an dieser freiwilligen Steuer nahmen aber durchgehends die Kollegen im Felde. Hier kann auch beobachtet werden, daß es sogar größtenteils die verheirateten Kollegen sind, die es sich angelegen sein lassen, zu diesem Fonds ihr Scherlein beizufeuern.

Wir lassen nun eine Zusammenstellung über den Umsatz der Kriegsfondsmarke in den größeren Zahlstellen folgen. An der Spitze steht München mit 1091, dem harrt Hamburg mit 1052 verkauften Beiträgen folgt. Dann kommt Berlin mit 520 Marken. Von hier wird uns berichtet, daß schon seit längerer Zeit Lokalfondsmarken an die Mitglieder verkauft werden und es so erklärlich sei, daß Berlin jetzt zurückblieb. Die umgesetzten Marken im Juni lassen aber die Hoffnung aufkommen, daß es im Verlauf bald München und Hamburg erreicht haben wird. Dann folgen in größerem Abstand Essen, Magdeburg, Bielefeld, Leipzig, Frankfurt, Hannover, Elberfeld, Mannheim, Bremen und Dresden, die bisher über 100 Marken umgesetzt haben.

Leider müssen wir aber auch wahrnehmen, daß in einer Anzahl größerer Zahlstellen der Umsatz sehr minimal ist. Hier sei erwähnt: Braunschweig, Breslau, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Flensburg, Herford, Landshut, Lübeck, Mainz, Nürnberg, Regensburg, Wiesbaden, Würzburg, Tansig und Stralsburg haben noch keine Kriegsfondsmarken umgesetzt. Hervorragend beteiligt haben sich aber die Zahlstellen Altona mit 71, Euhl mit 54, Altona

	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Bernburg	—	1	14	3	2	20
Berlin	81	76	48	80	255	520
Bielefeld	—	25	81	39	46	191
Brandenburg	4	3	1	—	1	9
Braunschweig	—	—	1	—	5	6
Bremen	13	20	27	29	36	125
Breslau	8	9	2	11	3	33
Cassel	2	20	24	14	10	70
Chemnitz	10	10	10	—	40	79
Köln	—	—	—	22	—	22
Danzig	—	—	—	—	—	—
Dortmund	—	23	28	31	10	92
Dresden	—	43	27	15	38	123
Düsseldorf	—	8	—	6	4	18
Duisburg	—	5	—	—	—	5
Elberfeld	—	37	36	40	36	149
Essen	—	4	9	6	3	22
Essen	—	68	87	45	57	257
Frankfurt	—	30	10	27	91	158
Freiburg	—	52	—	21	10	83
Flensburg	—	2	2	2	—	6
Gera	6	—	4	1	6	17
Görlitz	—	12	4	10	5	31
Gotha	—	18	22	22	28	90
Halle a. d. S.	21	16	25	12	24	98
Hamburg	—	211	294	321	226	1052
Hannover	8	52	40	34	27	156
Herford	1	5	2	3	8	19
Herford	4	6	—	13	6	29
Kiel	—	26	46	18	—	92
Landshut	—	—	—	3	6	9
Leipzig	—	72	26	17	53	168
Löwen	—	2	1	—	5	8
Lübeck	—	13	12	16	14	55
Magdeburg	5	51	39	32	39	166
Mainz	—	—	—	19	—	19
Mannheim	20	10	43	46	21	140
Menzelwitz	—	—	14	13	3	30
München	—	273	335	219	264	1091
Nürnberg	7	5	17	13	18	60
Regensburg	2	1	6	4	12	25
Rosenheim	5	—	1	2	—	8
Saarbrücken	—	20	10	10	6	46
Stettin	—	1	41	3	23	67
Stralsburg i. C.	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	—	30	19	34	26	99
Wiesbaden	—	12	1	8	25	46
Würzburg	—	—	4	2	2	8
Zeitz	3	4	2	2	3	14
Zugspitzler	28	12	33	86	13	174
Kleinere Zahlstellen	27	100	174	137	130	568
Summa	250	1410	1622	1502	1619	6403

Arbeitskraft gewertet wird, haben wir aus dem uns zur Verfügung stehenden Material über die Lohnverhältnisse Stichproben genommen, bei denen alle Gruppen der Arbeiterschaft berücksichtigt wurden. Die unten aufgestellte Tabelle gibt uns ein Bild, wie jämmerlich klein der Lohnsatz ist, mit dem die Arbeiterschaft in Bierzen eingestuft wurde und noch wird und wie niedrig oft trotz einer jahrelangen Beschäftigung im Betriebe der Festlohn steht. Mit ganz wenigen Ausnahmen. Man sehe sich zum Beispiel in der Gruppe der Handwerker den im Alter von 53 Jahren an, der jetzt ein Jahr im Betriebe ist und bei seiner Einstellung im Kriegsjahre 1917 einen Tagelohn von M 4,50 erhielt. Dazu kamen damals M 10 Feuerungszulage pro Woche. Oder den, der im Alter von 35 Jahren steht und vor 17 Jahren, also als achtzehnjähriger Mensch, pro Tag ganze M 2 erhielt! Oder auch den als „Arbeiter“ bezeichneten hiesigen Kollegen, der noch 1916 mit täglich M 1,60 abgefunden wurde. Ein anderer aus derselben Gruppe, sechsundfünfzigjährig, 13 Jahre im Betriebe, hat einen festen Tagesverdienst von M 4,70; ein anderer sechsundfünfzigjährig, 2 Jahre dort tätig, von M 3,90. Um schlüssiger sieht es natürlich wieder bei den Arbeiterinnen. Junge, schulentaugende Mädchen wurden, wie ein Blick in die Tabelle zeigt, mit täglich M 1 nach Hause geschickt; fünfzehnjährige erhielten M 1,10, Sechzehnjährige M 1,20, Achtzehnjährige M 1,50 und nur eine Neunzehnjährige M 1,80. Die auf solche Einstellungsgehälter dann später folgenden festen Zulagen sind, wie unsere Zahlen aufweisen, ebenfalls ganz minimal, und erst in den letzten Jahren trat hierin eine kleine Besserung ein.

Die heute gezahlten Feuerungszulagen von M 8, M 9, M 11, M 13 und M 15 pro Woche können es also nicht schaffen. Wenn in andern Betrieben 50 bis 70 vom Hundert des Grundlohnes als Feuerungszulage gegeben wird, so kann dies ein Ehrenlohn für die betreffende Firma sein — daß die Zulagen der Kaiser im gleichen Prozentsatzverhältnis zu den dortigen Festlöhnen stehen, offenbart nur einen traurigen Mißstand.

Das Bestreben unserer Kollegen in Bierzen muß also dahin gehen, unter allen Umständen die Einstellungsgehälter und die periodisch zu gewährenden Steigerungen besser zu gestalten. Um dies durchzuführen, müssen die Kollegen und Kolleginnen aber jetzt entschlossen ihre Organisation noch weiter ausbauen. Wenn sie unverzüglich daran gehen — unbestimmt um alle Maschinen der Firma —, so können sie ihr Ziel auch bald erreichen, die Früchte ihrer Entschlossenheit bald ernten. Die Firma gehört selbst unter den heutigen Kriegsverhältnissen noch zu den leistungsfähigsten der Branche und überhaupt zu den besondern Glanzstücken des Krieges. Die Leitung versteht es noch immer, sehr einträgliche Geschäfte abzuwickeln — bessere als mancher andere Fabrikant. Und sie verzicht es nicht nur, große Aufträge heranzubekommen, zu denen sie denn die notwendigen Rohmaterialien ohne Schwierigkeiten erhält — sie muß überdies die Konjunktur recht geschickt und auf das Äußerste aus. Durch „Regelung“ der Produktion und die richtige Wahl des Zeitpunktes für den Absatz der Fertigprodukte läßt sich in dieser Ära der wirtschaftlichen Verunsicherung ja mancherlei machen. Der Betrieb gehört also zu denen, die durch den Krieg Nutzen zu gewinnen — deshalb wäre es trübselige Torheit, wenn die Arbeiterschaft sich in diesen für sie selbst so traurigen Zeiten nicht wenigstens bessere Lohnverhältnisse erkämpfen wollte.

Löhne und Feuerungszulagen.

Alter	Die Länge im Betrieb?	Ein- stellungs- lohn	Feu- erungs- zulage	Feu- erungs- zulage pro Woche	Reisiger Gesamtlohn für sechs volle Tage
	Jahre	M.	M.	M.	M.
a) Handwerker.					
53	1	4,50	4,75	15	43,50
48	8	4,50	5,55	15	46,80
44	11	3,50	5,70	15	49,20
35	17	2,—	5,75	15	49,50
46	15	2,70	6,60	15	54,60
b) Arbeiter.					
17	2	1,60	2,10	9	21,60
32	7	3,20	4,65	13	40,90
50	3	3,50	4,50	15	42,—
56	3	3,50	3,90	15	38,40
52	3	3,50	4,10	15	39,60
50	2	3,50	4,10	15	39,60
51	3	3,50	4,10	15	39,60
50	2	3,50	4,75	15	43,50
44	4	3,50	4,30	15	40,80
41	3	3,50	4,50	15	42,—
38	7	3,50	4,60	15	42,60
56	13	2,50	4,70	15	43,20
49	5	3,30	4,75	15	43,50
46	8	3,50	4,80	15	43,80
55	10	3,—	4,80	15	43,80
c) Arbeiterinnen.					
17	3	1,25	1,65	8	19,10
18	4	—,80	1,85	8	19,70
21	2	1,80	2,20	8	21,20
22	4	1,50	2,30	11	24,80
20	6	1,—	2,35	8	22,10
22	6	1,20	2,45	11	25,70
22	8	1,—	2,50	11	26,—
23	8	1,10	2,55	11	26,30
22	8	1,20	2,65	11	26,90
27	?	2,20	2,90	11	38,40

Zur Arbeitslage.

Das Aussehen des Arbeitsmarktes hat sich in den letzten Monaten wenig geändert. Die Verhältnisse sind sich stetig auf ziemlich gleicher Höhe, und die Leistungsfähigkeit der Industrie ist, da an ihr gefühllos Anforderungen gestellt werden, die Lage der großen Industrie kennzeichnend sich wie folgt: Holz- und Sägewerke, Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie sind unbeschadet zur Beschäftigung; im Eisenbahnenbau, in der Draht- und

Bruno Fiedler †.

Reiche Erde hält der Tod. Wir verlieren in Bruno Fiedler wieder einen unserer besten und pflichterfülltesten Bezirksleiter des Verbandes. Als junger Kollege mit 19 Jahren trat er am 1. August 1899 in Leipzig unserer Organisation bei. Von dieser Stunde an war es sein Bestreben, seine ganze Person in die Dienste der Arbeiterbewegung zu stellen. In allen Orten, wo er arbeitete, war er aktiv tätig, wobei er alle Arbeiten, die ihm übertragen wurden, mit vollem Pflichtbewußtsein erledigte. Mit besonderem Eifer betätigte er sich in der Kleinagitation und entwickelte hierbei Fähigkeiten, die ihm große Erfolge in der Gewinnung neuer Kämpfer führten.

Am 1. Mai 1909 wurde er als Bezirksleiter für den Bezirk Karlsruhe ange stellt. Der Boden war rau und hart. Die mit den Gelben liebäugelnden Geschlossenheitsvereine behinderten einen raschen Fortschritt. In unermüdlicher Arbeit gelang es ihm jedoch bald, das Vertrauen der Kollegenenschaft sich zu sichern. Die Organisation erstarb. Eine Lohnbewegung konnte in Angriff genommen werden, durch welche auch Brezeln in die rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Bäckereien Karlsruhes gelegt wurde. Im November 1912 übernahm Fiedler als Geschäftsführer der Raiffelle nach Frankfurt a. M. Hier war er im feinsten Element. Im Fünfe eroberte er sich das Vertrauen der Kollegenenschaft. Seiner erproblichen Arbeit wurde aber durch die Einstellung zum Heeresdienst ein Ziel gesetzt. Da jedoch auch die Einberufung unseres Bezirksleiters in Frankfurt bald erfolgte, machte es sich notwendig, Fiedler für die Verbandarbeiten freizustellen zu lassen. Die kurze Zeit des Militärdienstes hatte aber genügt, den nicht robusten Körper unseres Freundes zu zermürben. In der Pflichterfüllung für den Verband erkrankte er trotzdem nicht; das ließ sein edler Charakter nicht zu. Noch kürzlich, im Nummer 32 unseres Blattes, konnten wir von der neuen Lohnvereinbarung berichten, die Fiedler mit der Bäckereimeisterinnung in Frankfurt getroffen hatte. Es war leider sein letztes Werk für die Interessen der Kollegen! Möge es von der Frankfurter Kollegenenschaft wie ein Kleinod bewahrt werden!

Am 23. August schloß Bruno Fiedler im Alter von 38 Jahren nach langer Krankheit — Verleiden — für immer die Augen. Ein prächtiger Mensch kantonen Charakter, großen Pflichtbewußtseins und großer kameradschaftlicher Liebenswürdigkeit ist von uns gegangen! Es war ihm nicht vergönnt, den erhofften großen Aufstieg des Proletariats nach dem völkermordenden Krieg zu erleben. Aber nicht nur unsere Organisation, auch die gesamte Arbeiterbewegung verlor einen ihrer besten und einen allzeit fleißigen Kämpfer. An seiner Bahre wollen wir das Gelübnis erneuern: Nicht eher ruhen und trauern, bis unser im Bau stehendes Lebenswerk vollendet ist!

Kleinfabrikindustrie, in der elektrischen und chemischen Industrie liegen reichlich Aufträge vor. Im Spinnstoffgewerbe ist die Lage weiterhin ungünstig; auch im Bekleidungs-gewerbe herrscht flauer Zeit. Die Bauwirtschaft erfuhr an einzelnen Plätzen eine Belebung; die Betriebe aus den wichtigsten Zweigen der Holzindustrie kamen zu freudigenstillend. Die Lage der Nahrungsmittelindustrie konnte infolge der allgemeinen amtlichen Regelung auch in den Monaten Juni und Juli keine wesentlichen Veränderungen aufweisen; Glas- und Porzellanindustrie sind zur beidseitigen; die Betriebe aus dem Papier- und Buchdruckgewerbe lauten verschiednen.

Nach den Nachweisungen der Krankenlisten an das „Reichsarbeitsblatt“ sind am 1. Juli 114 495 Beschäftigte weniger gezählt worden als am 1. Juni. An der letzten Abnahme sind beide Geschlechter beteiligt; die Zahl der männlichen Versicherten hat um 87 955, die der weiblichen um 26 538 abgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Abnahme dieses Jahr härter. Die Abnahme verteilt sich auf beinahe alle Industrien; sie tritt am stärksten im Bekleidungs-gewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft in Erscheinung.

Nach den Feststellungen von 37 Fachverbänden, die für 1 218 699 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosen-zahl Ende Juni 923 oder 0,8 vom Hundert. In den Vormonaten wurde die gleiche Arbeitslosenzahl festgestellt; im Vorjahr betrug die Ziffer 0,9. Die Arbeitsnachweise verzeichnen eine Abnahme des Andranges der Arbeit-suchenden. Auf 100 offene Stellen kamen im Juni bei den männlichen Personen 53 Arbeitssuchende (gegen 59 im Vor-monat); beim weiblichen Geschlecht: 83 (gegen 85). Die Verichte der Arbeitsnachweiseverbände über die Beschäfti-gung im Juni enthalten nichts besonders Bemerkens-wertes; aus den meisten Berichten ist eine Besserung der Beschäftigungsmöglichkeiten zu entnehmen.

Bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung von Pädern und Konditoren befaßten, wurden im Juni 1 471 Arbeitssuchende, 1597 offene Stellen und 974 Vermittlungen gebucht. Auf je 100 offene Stellen ent-fielen 21 Arbeitssuchende gegen 24 im Juni 1917 und 118 im Mai 1918. Die Verhältnisse sind also ganz über-raschend gesunken, sogar unter den Stand des Vorjahres, und damit ist die Erleichterung in der Zahl der Arbeit-suchenden, die im August vorigen Jahres vorhanden war, andauernd endgültig gebrochen. Von Einfluß auf die rückwärtige Abnahme waren bestimmte Gebiete; die Abnahme ist also nicht allgemein. Dies geht aus folgenden Zahlen

hervor, die nach Landesgebieten geordnet über die Vermittlungstätigkeit der Nachweise und über den Anbruch der Arbeitssuchenden Aufschluß geben.

Landesgebiete	Zahl der			Auf jede offene Stelle ent-fallende Arbeit-suchende
	Arbeits-suchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	
Provinz Ostpreußen	60	57	40	1,05
Westpreußen	89	87	38	1,06
Berlin u. Prov. Brandenburg	188	182	118	1,42
Provinz Pommern	41	34	28	1,20
„Posen	33	23	23	1,18
„Schlesien	74	90	51	0,80
„Sachsen	117	181	104	0,64
„Schleswig-Holst.	28	17	17	1,65
„Hannover	35	42	21	0,83
„Westfalen	27	28	15	0,97
„Hessen-Nassau	49	71	45	0,69
„Rheinland	80	45	18	1,79
Königreich Bayern	172	191	95	0,90
„Sachsen	220	185	157	1,19
„Württemberg	66	182	38	0,36
Großherzogtum Baden	61	87	39	0,70
„Hessen	32	31	14	1,03
Thüring. Staaten, Olden-burg und Braunschweig	42	56	37	0,75
Bremen und Lübeck	22	21	18	1,05
Hamburg	65	51	51	1,27
Schles.-Holst.	20	31	17	0,64

Die Abnahme der Arbeitssuchenden, wie sie in der oben angegebenen Verhältniszahl zum Ausdruck kommt, ist nach diesen Zahlen auf die Bezirke der Provinzen Schlesien und Sachsen, Hannover und Hessen-Nassau, auf Bayern, Württemberg, Baden und Sches.-Holstingen zurückzuführen. Vorausgesetzt, daß die Arbeitssuchenden auch wirklich gebucht wurden, ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage besonders trag in Württemberg, Baden, Hessen-Nassau und in der Provinz Sachsen. Einen großen Anbruch Arbeitssuchender — im Vergleich zu den offenen Stellen — hatten Berlin, Schleswig-Holstein und das Rheinland. Berlin verlor jedoch von einer Verringerung des Ueberangebots von Arbeitskräften — besonders infolge der neuerlichen Einberufungen zum Heeres-dienst —; selbständige Kräfte legen — besonders für außerhalb — in den letzten Fällen verhältnißlos. Hessen berichtet über befriedigenden Ausgleich der Arbeitskräfte.

Im Gegensatz zu der günstigen Verhältniszahl der Arbeitssuchenden zu den offenen Stellen stehen die Berichte der Krankenkassen für das Bäckergewerbe, die eine Ab-nahme in der Beschäftigtenzahl aufweisen. Bei vier Orts-krankenkassen für Bäcker waren am 1. Juli 796 männliche und 572 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder ge-meldet; gegen den Vormonat bedeutet das eine Abnahme von 8,5 pZt. männliche und 2,5 pZt. weibliche Personen. Bei 178 Krankenkassen für Bäcker waren am 1. Juli 25 168 männliche und 14 534 weibliche Mitglieder gemeldet; gegen den Vormonat sind das 2,5 pZt. und 1,1 pZt. weniger.

Recht Säub der Mieter gegen Mietsteigerungen.

Eine Sitzung der Mieteinigungsämter. Der Wohnungsmangel wird immer mehr zur all-gemeinen Wohnungsnot. Damit verbunden ist eine ungeheure Steigerung der Mietpreise. Die Vermieter glauben, die „Konjunktur“ auszunutzen zu müssen und nehmen teilweise ganz gewaltige Erhöhungen der Mieten vor. Von einzelnen Städten werden Mietzinserhöhungen um 50 bis 60 pZt. berichtet und von Hamburg kommt eben die Nach-richt, daß die dortigen Hausbesitzer eine Erhöhung um 90 pZt. verlangen. Daß solche gewaltige Erhöhungen, die an Bucher grenzen, den heutigen Verhältnissen entsprechen, auch nur den Schein einer Berechtigung haben, wird nie-mand behaupten können. Da ist es dringend nötig, daß durch rechtsgesetzliche Bestimmungen die Mieter gegen solche Ausbäumungen geschützt werden. Die Bundesratsverord-nung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 reicht hierfür nicht aus; sie ist nicht lediglich zur unbedingten Genehmigung. Nach dieser Bundesratsverordnung sind die Einigungsämter ermächtigt, auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit der Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des geltendigen Mietverhältnisses und über Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen. Ferner kann ein mit einem neuen Mieter abgeschlossener Mietvertrag aufgehoben werden, falls der geltendige Mietvertrag vom Einigungs-ämter für fortwährend erklärt wurde.

Die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse hat gezeigt, daß es weitergehenden Bestimmungen zum Schutze der Mieter bedarf. Es wird darum mit Recht eine Erweite-rung der Befugnisse der Mieteinigungs-ämter verlangt. Die Behörden haben sich auch der Notwendigkeit der Abänderung der Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 nicht verschlossen; es ist eine Abänderung der Verordnung geplant.

Um zu dieser Abänderung Stellung zu nehmen und die Wünsche und Erfahrungen der Mieteinigungsämter für die Gestaltung der Neuregelung zum Ausdruck zu bringen, hat die Vereinigung der Miet- und Hypothekensämter eine Sitzung der Mieteinigungsämter nach Frankfurt a. M. einberufen, die am 5. Juli im dortigen Rathaus stattfand, und an der zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staats-behörden teilnahmen.

Der Kongress befaßte sich lediglich mit dem Punkt: „Die Abänderung der Mietverord-nung vom 26. Juli 1917.“ Die Referate hierzu hielt der Magistratssekretär Dr. Dietrich (Stettin) und Rechts-anwalt Dr. Mumpff (Frankfurt a. M.). Die Referate legten Zeugnisse vor, in denen angegeben wird, daß die Miet-einigungsämter sich bewährt haben und ihre Einrichtung in allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern an-zunehmen sei. Alle Mietzinserhöhungen für Wohnungen sollen der Genehmigung des Einigungsamtes bedürfen, und zwar einerseits, ob es sich um den Abschluß eines neuen Mietvertrages oder um die Fortsetzung eines bestehenden Mietverhältnisses handelt. Das Einigungsamt soll nach

billigen Entzessen unter besonderer Berücksichtigung der tatsächlichen Mehrverwendung der Vermieter entscheiden. Der Bindung der Hausbesitzer durch die Schutzbestimmungen für die Mieter entspricht die Notwendigkeit, auch die weiteren gegen ihre Hypothekengläubiger zu schützen.

In ihren mündlichen Ausführungen bezeichnen die Referenten die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 als sehr lächerlich. Sie biete nur den Mietern Schutz, die eine Wohnung haben, nicht aber auch denen, die eine Wohnung suchen. Diese wären bedingungslos den Forderungen der Hausbesitzer unterworfen. Die Mieter fordern Genehmigungsgewährung für Mietererhöhungen und Kündigungen, falls der Mieter mit der Kündigung nicht einverstanden ist.

Die Diskussion über die Vor schläge war sehr ausgedehnt. Gegen die Leistänge wurden teilweise erhebliche Bedenken laut, besonders von Vertretern der Hausbesitzer. Sie gingen einzelnen Mietern zu weit. In der Hauptsache drehte sich die Erörterung um die Frage, ob die Genehmigungspflicht für Mietererhöhungen obligatorisch eingeführt werden soll. Es wurde gesagt, es gehe doch nicht, daß, wenn Mieter und Vermieter im schönsten Einvernehmen miteinander stehen, das Einigungsamt einschreibe, ob die Mietererhöhung berechtigt sei. Dagegen wurde treffend erwidert, bei Wohnungsnot sei der Mieter der wirtschaftlichen Macht des Vermieters ausgesetzt. Es gebe auch eine Erhöhung, die nur eine Scheinerhöhung sei und eine Inflation bedeute, der der Mieter nur zähneknirschend zustimme.

Eine Abstimmung über die Leistänge wurde nicht vorgenommen. Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt a. M.), fasste das Ergebnis der Beratung im Schlußwort zusammen. Einigkeit besteht darin, daß Einigungsämter überall da errichtet werden sollen, wo ein Bedürfnis dafür vorliegt. Vergleiche sollen für vollstreckbar erklärt werden; bei Entscheidungen sind die Mietern entgegen zu treten. Aber die Mietererhöhungen bedürfen Einigung dahin, daß die Landeszentralbehörden ermächtigt sein sollen, den Gemeindebehörden auf ihren Antrag das Recht einzuräumen, zu bestimmen, daß alle Mietererhöhungen von der vorherigen Genehmigung des Mietereinigungsamtes abhängig sind. Man hat sich also auf dem Mittelweg gefunden, daß die Genehmigungspflicht nicht allgemein befragt wird. Nur das Einigungsamt müßte sie für das ganze Reich festsetzen werden. Einigkeit besteht auch darin, daß das Recht, Mietererhöhungen anzurufen, erweitert werden solle für den Ablauf von Mietererhöhungen und auf Mietererhöhungen. Gewinnste wird auch ein weiterer Schutz der Vermieter gegenüber den Hypothekengläubigern.

Der Antrag war damit beendet. Es ist zu hoffen, daß die Reichsbehörden die gegebenen Anregungen zum Schutze der Mieter berücksichtigen und baldigst eine Abänderung der Mietererhöhungsverordnung vorgenommen wird.

Verbandsnachrichten.

Behandlung des Verbandsvorstandes.

Der Kollege Siester, unter aus Gesundheitsrücksichten aus dem Verbandsvorstande ausgeschiedenes Mitglied, ersucht, den Verbandsmitgliedern, besonders den Delegierten zum letzten Verbandstage, bekanntzugeben: erstens, es habe nicht in seiner Absicht gelegen, daß der Inhalt des Briefes, den er an den Verbandsvorstand kurz vor der Leipziger Tagung richtete, dort verlesen wurde, zweitens, daß er in diesem Briefe keinerlei Ansprüche an die Organisation stellen wollte und solche auch jetzt nicht stellt. Wir kommen dem Wunsche des Kollegen Siester hiermit gern nach.

Der Verbandsvorstand.

Quittung.

Vom 19. bis 24. August gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Juli: Esnabrück 44,15, Sonneberg 50,75, Jöhoe 43,51, Mannheim 219,70, Karlsruhe 14,90, Colmar 15,50, Hildesheim 7,82, Königsberg 64,60, Kaiserlautern 7,50, Ziegen 17,65, Straßburg 142,93, Darmstadt 41,10, Plauen i. B. 49,65, Leipzig i. Erg. 85,10, Freiburg i. Br. 125,50, Zeitz 176,10, Langig 83, Samschweig 147,37.

Von Einzelzahlern der Hauptkassie: Hr. P. Pöpsel i. H. 17,75.

Für Abonnements und Annoncen: Konsumbäder u. Zubehörsachen 6,50, Berlin 11,10.

Für Provisionelle vom Verbandstage: J. L. (im Felde) 4,70, Jöhoe 1,20, Königsberg 5, Freiburg 8, Jöh 4. Der Geschäftsführer, D. Freitag.

Sterbetafel.

Hamburg-Altona. Robert Neumann, Helene Kramp.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Hamburg. Heinrich Ostendorf, Bäcker, am 19. August in einem Lazarett gestorben.

Karl Sasse, Bäcker, am 5. Dezember 1917 gefallen.

Bezirk Magdeburg. Karl Kallmer (Heraburg), Bäcker, gefallen.

Bezirk Wiesbaden. Albert Löw, 19 Jahre alt, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Der Konsumverein Götting (Mitglied des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes (Erlanger Richtung)) hat in einer zweiten Verhandlung am Sonnabend, 17. August, mit den Verbänden der Bäcker und Transportarbeiter einen Tarif abgeschlossen. Unsere Vertreter waren Hesthold und Kaffen sowie das Arbeiterauschussmitglied Albert Koch. Den Wortlaut des Vertrages werden wir nach gegenseitiger Unterzeichnung veröffentlichen.

Korrespondenzen.

Sirichberg. Am 18. August tagte im Verkehrslokal „Alte Hofmühle“ eine allgemeine Versammlung der Kollegen im hiesigen Streik mit der Tagesordnung: Stand unserer Lohnbewegung. Das Referat hatte Kollege Kaffen, Götting. Neben gab den zahlreich anwesenden Kollegen ein Bild über die jetzige Lage. Die Antworten der Kollegen lauteten wieder abschlägig, die Mühlenbäckereien haben keine Antwort eingeleitet. Jetzt bleibe weiter nichts übrig, als den Schlichtungsausschuß anzurufen. Nach kurzer Diskussion wurde ein dementsprechender Beschluß einstimmig angenommen. Unter „Geschäftliches“ wurde der Klassenbericht erstattet, in dem sich der Fortschritt der Mitgliedschaft zeigt. Im Juni und Juli wurden 21 Aufnahmen gemacht. Diese Versammlung brachte wieder vier Aufnahmen.

Sonneberg. Am 28. Juli fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Erschienen waren die Kollegen aus Sonneberg, Coburg, Neustadt, Saitensteinach, Bettelsheden, Rengersgereuth, Effelder und Steinach. Entschuldig waren die Kollegen aus Langcha und Neuhaus. Bezirksleiter G. Streiber war zugegen. Der Vorsitzende Baumhardt gab kund, daß wiederum zwei Kollegen, G. Söltner und M. Grindermann, gefallen sind. Bis jetzt verlor die Zahlstelle Sonneberg sechs Mitglieder: M. Müller, G. Söltner und M. Grindermann (Sonneberg), Richard Müller (Rengersgereuth), Karl Heublein (Neuhaus), Herrn. Höhn (Steinach); letzterer gestorben in der Heimat. Hieran schließen sich die gewöhnlichen Arbeiten, auch Bücher- und Klassenrevision usw. Den Bericht über den Verbandstag in Leipzig gab Streiber. Alle Versammelten erklärten sich mit den Maßnahmen des Verbandstages einverstanden, obwohl ja manchem Mitgliede die neuen Beiträge nicht recht behagen wollten. Auch die Feuerungszulageangelegenheit wurde genau behandelt und den Kollegen darüber Klarheit gegeben. Bücher und Revisionen fand der Bezirksleiter in bester Ordnung; er sprach sich über alles befriedigend aus. Einige Briefe von Kollegen aus dem Felde, die da glauben, die Dabeingehiebeneren waren sich viel Geld, kamen vor den Versammelten zur Verlesung. Der Schatzgraber wird den jetzigen Vorständen, die für die Frauen der im Felde Stehenden nicht alles tun, was sie haben wollen, gewünscht. Mit Agitationsanregung und allem, was sonst den Verbandsmitgliedern auf den Gemütern gegeben wurde, schloß der Vorsitzende die sehr gut verlaufene Versammlung.

Wiesbaden. In einer öffentlichen Versammlung am 18. August im Gemeindefestsaal fand unsere Lohnbewegung ein Ende. Kollege Wollmeyer gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen in den Brotfabriken, der Genossenschaft und der Bäckerei. In den Brotfabriken wurden 4 6 pro Mann und Woche gewährt, in der Genossenschaft beträgt die Zulage 4 70, und bei der Zimung wurden 4 5 auf die jetzt bestehenden und bezahlten Löhne bewilligt. Insgesamt beträgt die Zulage, welche wir für die Kollegen herausgeholt haben, im Jahre 17 000. Die Verhandlungen waren wohl schwierig, aber sie waren getragen von gegenseitiger Verständigung, und so wurde denn auch fast unsere gesamte Forderung bewilligt. Das muß uns aber auch ein neuer Ansporn sein, auch den letzten Gehälts für den Verband zu gewinnen; denn nur dann wird es uns möglich sein, auch in Zukunft die Interessen der Kollegenschaft wahrzunehmen. In der Aussprache erkannten die Kollegen an, daß die Organisation alles getan hat, die Interessen der Kollegen bei der Lohnbewegung wahrzunehmen, und man könnte einstimmig den Abmachungen zu.

Internationales.

Die Nachtarbeit in Amsterdam verboten! Einer Mitteilung der Leitung unserer holländischen Bruderorganisation entnehmen wir, daß seit dem 29. Juli die Nachtarbeit in den Bäckereien Amsterdams durch eine Verordnung verboten wurde. Verbot gleicher Art in zahlreichen Bezirken und Orten Hollands konnten wir bereits schon früher berichten; da nunmehr auch Amsterdam sich dieses Fortschritts erfreuen darf, so ist zu erwarten, daß bald in

ganz Holland die Nachtarbeit — hoffentlich für immer! — verschwunden sein wird. Gleichzeitig wird uns berichtet, daß in der größten Brotfabrik Amsterdams, „Coers“, ein Streik ausgebrochen ist: von 78 Bäckern haben 72 die Arbeit niedergelegt, so daß die Fabrik geschlossen werden mußte.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Kriegerverrenten und Familienversorgung. Führer für Kriegsinvaliden, Kriegserwitwen und -waisen sowie Ansprüche auf die Versicherungsleistungen und Kriegsunterstützungen. Von Arbeitersekretär Gustav Krüger in Magdeburg. Preis 75 H. Das kleine handliche Buch enthält auf 48 Seiten in einfacher klarer Sprache sämtliche Gesetze und Bestimmungen nebst Erläuterungen über Kriegerverrenten. Besonders wertvoll ist, daß es Musterbeispiele für die Einreichung der verschiedenen Gesuche bringt. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114.

Spätestens am 31. August
ist der 36. Wochenbeitrag für 1918
(1. bis 7. September) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Freitag, 1. September:**
Dortmund: 8 Uhr bei Schöpfmacher, Steinstraße.
Duisburg: Vorm. 10 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — **Neunkirchen (Saar):** 5 Uhr, Bellesweiler Straße 38. — **Osnabrück:** Vorm. 11 Uhr bei Müller, Lohstraße. — **Suhl:** 3 Uhr in „Dombergs Ansicht“.
- Dienstag, 3. September:**
Potsdam: 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — **Regensburg:** 7 Uhr, „Schillerlinde“, Stockengasse 31.

Anzeigen.

Vanillin
Zimtöl
Pfefferminzöl
Zitronenöl
Mandelöl

zum Selbstverbrauch kauft
Otto Müller, Leipzig
Kurprinzstraße 8.

„Ruchenrutsch“

bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen.
Probeflasche M. 7,50, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen!
Liebing & Co., G. m. b. H.,
Leipzig-M. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

Extrakte, Essenzen, Farben.

Mandelextrakt	2 Kilo M. 65
Apfelsinenchalenextrakt	„ „ 30
Vanilleextrakt	„ „ 25
Vanilleextrakt	„ „ 40
Butteraroma	„ „ 40

Probefendung von obigen sechs Sorten je ein viertel Kilo M. 65, je ein achtel Kilo M. 34
erfüllt Kistchen ab Leipzig.
[M. 8] **Eigelpulver, Eigels (flüssig),**
alle andern Extrakte laut Spezialpreisliste empfehlen
Liebing & Co., G. m. b. H.,
Leipzig-M. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

... Konsumverein „Wohlfahrt“, Bochum. ...

Wir suchen für bald einen tüchtigen

Oberbäcker.

Derelbe muß in der Lage sein, wenn nötig, den Backmeister für längere Zeit zu vertreten.
Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnisabschriften oder Angabe der bisherigen Tätigkeit nebst Gehaltsansprüchen sind zu richten an den

Konsumverein „Wohlfahrt“, Bochum,
Hunsheidtstraße 196.